

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
38 (1924)**

5 (7.1.1924)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-475606](#)

Die Republik erreicht täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementpreis beträgt für die Zeit vom 2. bis 16. Januar 90 Pfennig pro Jahr, für Abnehmer von der Expedition Petersstraße Nr. 70, 90 Pfennig, durch die Post bezogen für den Monat Januar 300 Goldmark.

Kepublik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Petersstraße 76,
Fernsprecher Nr. 56

Wilhelmshaven-Rüstringen, Montag, 7. Januar 1924 * Nr. 5

Redaktion: Petersstraße 76
Fernsprecher Nr. 56

Die Arbeitszeitverordnung.

Der Verteiler und die übrigen Friedensverträge enthielten ebenfalls eine verbindliche Bestimmung: die internationale Regelung des Arbeitstages. Diese Bestimmung war der Ausdruck der geistigen Modellstellung, die die Arbeitsschlüsse während des Krieges und Friedenskriegs erlangt hatte. Überwiegend Sieger und Siegerteile über alle anderen Punkte des Friedensvertrages sehr entgegengesetzte Meinungen waren, gegen den Fortschritt in der internationalen Arbeitsschaffensregelung ließ die Unterzeichner aller Länder gemeinsam Sturm. Die jüngste Wirtschaftspolitik, die in den meisten Ländern in dem zweiten Halbjahr 1923 einging und teilweise andauert, schwächt überall die Position der Arbeiterschlüsse. Sie mußte sich besonders auch in England und den Vereinigten Staaten nicht nur einem wirtschaftlichen Vorrang, sondern auch einer Verlängerung des Arbeitstages gefallen lassen. Die großen Arbeitszeitverlängerungen kamen zuerst in Deutschland und blieben infolge der Inflationssituation und einer Reihe anderer Momente wenigstens vorübergehend bestehen.

Dort änderte sich plötzlich seit der Einführung des passiven Widerstandes. Die Verschärfung des deutschen Wirtschaftslebens, die Abschrennung der Industrie des unbesiegbaren Gewerbes und den Rohstoffen wurde in dem Moment eine Krise erzeugen, in dem das Reich die Gewinnung der Freiheit und die Zahlung von Arbeitsschlüssen einstellen mußte. Mit durchdringender Wucht brach die Arbeitsschlüssigkeit herein, während die Arbeitsschlüssigkeit durch die rasche Geldentwertung aller Mitteln bereichert und die Gewerkschaften in ihrer finanziellen Kraft geschrumpft waren.

Diesen Zeitpunkt wählten die Unternehmer für ihre große, ungestüm öffentliche Offenbarung. Die Schwerindustriellen eröffneten den Feldzug gegen die sozialistischen Minister und forderten gleichzeitig an, daß sie ihre Betriebe im besetzten Gebiet ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen nur freisetzen würden, wenn die Arbeitsschlüssigkeit der Kriegsfeindschaft zustimme. Sie enthielten dabei in ungeschärfer Weise ihren Patriotismus. Während sie ihre gesamte wirtschaftliche und politische Macht dazu ausnahmen, um über die plötzliche Krise im Augustenbau gelehrte Arbeiterschlüssigkeit beizufallen, der sie bis dahin als Söhne des Arbeiterschlusses überbrückende Tore gebrochen hatten, haben sie zugleich dem General Deputat um Unterhaltung der freien Widerstand zur Verlängerung des Arbeitstages.

In dem Kampf für den Arbeitstundenstag war die Sozialdemokratie politisch孤立。 Ihre bürgerliche Partei setzte dem Dringen der Unternehmer ernsthafte Widerstand entgegen. Gewerkschaften auch auch werden, daß ein Teil der christlichen Gewerkschaften oder wenigstens ihre Führer, sowohl für unter dem Einfluß Siegerstaats wie, den Unternehmenskampf unterstützen und den Arbeitstundenstag preisgeben. Von den Sozialisten geltendigte bürgerliche Regierung bewies aber erst recht den Unternehmern großes Entgegenkommen. Der Arbeitsminister Braun, die sozialpolitische Autorität des Reichs, batte sich immer mehr zu einem Gegner des Arbeitstundenstages entmündigt. Er wollte ihn nur für befondenes schwer oder grundsätzlich schädigende Arbeit als sanitären Maximallabourtag gelten lassen, im übrigen aber den Unternehmenswiderstand weitgehend Rednung tragen. So war es dann die erste Tot der rein bürgerlichen Regierung, daß sie die Demobilisationsverordnungen über die Arbeitsschlüssigkeit, die sie ab Leinen, nicht mehr verlängerte. Die Sozialdemokratie hatte es bei der ersten Krise des Kabinett Stresemann durchgesetzt, daß eine Aenderung der Arbeitsschlüssigkeit nur auf parlamentarischem Wege, also durch Gesetz, vorgenommen werden sollte. Es wäre leicht der Regierung gewesen, diesen parlamentarischen Weg einzuhauen und unter die Demobilisationsverordnung zu verlängern. Sie tat es nicht und schuf damit zunächst einen Zustand, in dem es überhaupt keine geschäftige Regelung der Arbeitsschlüssigkeit gab. Und das in einer Zeit der Krise, wo die gesetzliche Beschränkung der Ausbeutungsfreiheit von ganz besonderer Bedeutung ist. Die Unternehmer haben auch diese Zeit benutzt, um in größeren Fällen eine Verlängerung der Arbeitsschlüssigkeit zu ergreifen.

Erst am 31. Dezember erschien, datiert vom 21. Dezember, die neue von uns im Inland bereits veröffentlichte Verordnung über die Arbeitsschlüssigkeit. Sie hält bekanntlich am Arbeitstundenprinzip fest, legt aber ganze Reihen von Ausnahmen zu. Sondern können die Ausnahmen, ganz allgemein auf 30 Tagen im Jahre die Arbeitsschlüssigkeit bis zu einer Stunde verlängern. Daraus folgt, daß die Arbeitsschlüssigkeit durch Tarifverträge gleichfalls bis zu 10 Stunden ausgedehnt werden kann. Das bedenktliche ist, daß eine Verlängerung aus betriebsmäßigen oder allgemein wirtschaftlichen Gründen auf behördlicher Weise durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten zulässig ist. Damit muß noch hinzu, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten selbst entscheiden, ob die Tarif-Regelung nicht hinderlich ist. Damit muß noch hinzu, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten bei einem regelmäßigen oder erhabenen Umfang der Arbeiterschlüssigkeit vorliegt, durch den Reichs- oder Landesarbeitsminister ebenfalls verlängerte Arbeitsschlüssigkeit für gültig erklärt werden kann. So gelangt man zu dem Urteil, daß die Arbeitsschlüssigkeitsverordnung die Position der Arbeiterschlüsse in dem Kampf um den Arbeitstundenstag verschärft hat, es immerhin aber in erheblichem Maße vor der Anwendung des Gesetzes in den Praxis eingeschränkt wird, wie weit der Arbeitstundenstag noch erhalten werden kann.

Das bedeutet für die Arbeiterschlüsse ein Doppeltes: zunächst ist die Krise der Arbeiterschlüsse in höherem Maße als vorher wieder zum Kampfobjekt der Gewerkschaften geworden. Sie wird der wichtigste Streitgegenstand beim Abbau aller Tarifverträge bilden. Es kommt also darauf an, wie stark die Macht der Gewerkschaften, die Dipläne und Komiteesmitglieder und erst recht manche indifferente gewordene Arbeiterschlüsse haben, gelöscht durch die bürgerliche Gesellschaft, die Bedeutung gewinnerischen Organisation und umfassender Bildung der Arbeiterschlüssigkeit verloren. Dies muß sich jeder Arbeiterschlüssigkeit und nur Stärkung der Gewerkschaften und Strafe Dipläne der Mitglieder dem Unternehmensumsturz gewachsen sein wird. Zum zweiten aber hängt die Anwendung des Gesetzes den Gewerbebehörden, d. h. den Landesregierungen und dem Reichsarbeitgeberamt ab. Sie steht also der politische Anfang der Sozialdemokratie in den Parlamenten der Einzelstaaten und des Reiches sein wird, desto geringer können die Ausnahmen vom Arbeitstundenstag sein. Der Ausfall des Reichstags-

An die Mitglieder der Gewerkschaften

Der offene Kampf des Unternehmens gegen die Arbeiterschlüsse hat begonnen. Nicht nur soll die Arbeiterschlüsse verlängert, sondern auch der legitime Gegenstand soll weiter herabgesetzt werden.

Der Arbeiterschlüssigkeit in Wilhelmshaven und in anderen Gewerkschaften in Düsseldorf und in anderen rheinischen Städten sind Gewerkschaften bereits in den Klubschlampen drinnen.

In Berlin ist eben schon seit einigen Tagen der Klubschlampen gegen die Schlüsseleien in der Metallindustrie. Die Arbeiterschlüssigkeit des Buchdruckergewerbes will man im ganzen Reich zu einer Verlängerung des Arbeitstages zwangen. Der Vorstand des ADGB, bei gegen den Schiedsgerichts des vom RWM eingestellten Schlichtungsausschusses, der die 54-jährige Scheidessitz festlegte, sofort energisch protestieren. Die von den Arbeiterschlüssen verlängerte Berufsbildungsvereinigung des Buchdruckergewerbes ist inzwischen abgelehnt worden, aber das RWM hat dabei ausdrücklich erklärt, daß eine Verlängerung der Arbeitsschlüssigkeit mindestens auf die Buchdruckergewerbe auch im Buchdruckergewerbe notwendig sei.

Damit hat das R. W. erneut zugunsten des Unternehmens grundlos in den Streit um die Arbeiterschlüsse eingegriffen. Auch in den übrigen Berufen werden alle Unternehmer jetzt versuchen, die Stellungnahme des R. W. für sich auszunutzen. Das Streiken der Arbeiterschlüsse zum R. W. und zu den anderen Gewerben unterstehen Schlichtungsbüroren ist dadurch ans neuer erschwert.

Der Schiedsgericht für das Buchdruckergewerbe und die Stellung des R. W. zu ihm sind ein Ohr an die neue Arbeitszeitverordnung, die in ihrem entscheidenden Kriterium, daß die regelmäßige tägliche Arbeitsetät acht Stunden nicht überschreiten darf. Keine einzige der Ausnahmen, die im übrigen die Verordnung vorstellt, trifft auf das Buchdruckergewerbe zu.

Dieser konzentrierte Angriff gegen die Arbeiterschlüsse, wie in den schweren Zeiten der Rot in Szene gesetzt. Er zeigt sich nun, daß ein deutscher Universal, denn das Unternehmensumsturz hat sich dafür den Zeitpunkt ausgewählt, an dem man glaubt, die Widerstandskraft der Arbeiterschlüsse ist. Diese Hoffnung auf die ausgeschaltete Schwäche der Arbeiterschlüsse mußte die Gewerkschaftsmitglieder, vorhanden machen. Wie rufen und hermiten auf ausdrücklichen Widerstand gegen den Arbeiterschlüssigkeit, wie sie gegen die Arbeiterschlüsse verhindern. Keine Pausa steht auch geschlossen mit Euren moralischen und materiellen Kräften hinter die Kampfschläger, die den Kampf gegen Arbeiterschlüssigkeitsverlängerung und Schlüsselung auch für Euch mitführen.

Die einzelnen Verbände werden, soweit es nicht schon geschahen, die Kräfte der Freiheit möglichst reaktivieren. Zu dem gleichen Zweck wird auch der Bundesausschuß sich in den nächsten Tagen mit der Lage beschäftigen. Traditionen werden die Kampfe, die bereits in den nachfolgenden Tagen, der Arbeiterschlüssigkeit gegen Osten auftreten. Aber die deutschen Arbeiterschlüssigkeit kann so viele Beweise von Erfolg und Erfolgsergebnissen geliefert, daß sie es auch bestens daran genügt nicht schlagen lassen werden.

Wir haben nicht die Hoffnung, daß die Kräfte im Unternehmenslager, die jetzt die Rute in Streife führen, sich in ihrer Haltung noch beeinflussen lassen werden. Handelt es sich doch für sie viel mehr um politische als um wirtschaftliche Ziele. Die Arbeiterschlüssigkeit soll mehr zur völligen Gewaltlosigkeit im Staat gebracht werden. Die Arbeiterschlüssigkeit soll nicht nach Magdeburg gerichtet, sondern im Osten nach weiter verteidigt werden. Man schaut den Klassenkampf, um durch den erlöschenden Sieg der eigenen Klasse die Kapitalistische Willkürfreiheit über die Masse des Volkes wieder aufzurichten.

All, die in diesem Kampfe hier gegen die Arbeiterschlüssigkeit, werden die Beantwortung für die Folgen mittragen müssen. Die Arbeiterschlüssigkeit und an der Ruhe und auch im übrigen Deutschland werden die Erfüllung, die man ihnen bereitet, nicht verzögern. Sie haben nicht auf Verhandlungen gehabt, wohl aber auf abgeschlossene Verträge und auf die Einsicht in das gesetzte Vollstrecker.

Die Arbeiterschlüssigkeit wird nicht unterliegen, um so weniger, als dieser Klassenkampf wieder eine Ausbildung der Konjunktur folgen wird. Wie vertraten wir auch Euch, Gewerkschaftsmitglieder. Ihr habt für das Volkstretert ehemalige Pausen gekämpft, so daß Euch auch mehr nicht zugesagt werden darf. Jetzt seid bereit, für Eure eigenen Interessen, für Eure Familie, für Eure Zukunft zu eifern und wenn nötig auch zu kämpfen. Halten treu zu Euren Organisationen und folgt Ihren Befehlen. Seid eins, einsig!

Berlin, den 5. Januar 1924.

Der Verband des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Reichsgericht verwirrt einen großen Streit zwischen Ost und West über Oberherrschaft zu 12 Jahren Justizklausur. Es hatte französische Behörden auf dem Rücken beschuldigt, daß amtliche deutsche Justizklausuren missgelenkt.

Nach einer "Doux" Rednung aus Düsseldorf sind am 3. Januar 71 Justizklausuren schließlich zurückgestoßen worden.

Wie wir erfahren, ist das Verbot der "Welt am Montag" aufgehoben worden.

wählen entscheidet also in grohem Umfang über das Schicksal des Arbeitstundenstages in der nächsten Zeit.

Es geht natürlich und schädlich die Ausnahmenbestimmungen, die die neue Arbeiterschlüssigkeitsordnung abhält, auch sind, daß Unternehmertum genug das alles nicht. So will die Bevölkerung eben geistige Regelung der Arbeitsschlüssigkeit. In einem Artikel des Berliner Sonderberichts jede Einzelheit des Staates verantwortet von demselben Unternehmertum, das die Einzelheiten der Aufsichtsbehörde für Arbeitsschlüssigkeit, für Arbeitsschlüssigkeit "der Arbeiterschlüssigkeit" nicht bringend genug fordern kann. Genauso billig werden sich das Stimmberecht, aber auch gegen die Gewinnabschöpfung der Gewerkschaften gegen die tarifliche Regelung der Arbeitsschlüssigkeiten. Die Unternehmer wollen wieder wie im Kriege herren im eigenen Hause sein, und mit ihren Arbeitern im Be-

Vor dem französisch-belgischen Bescheid.

(Vorläufige Meldung.) Der Brüsseler Korrespondent berichtet folgende Informationen: Die belgische Antwort folgt in allen Punkten dem von den belgischen Belegschaftsbüroren erwarteten Gutachten. Die Ocupationsmächte hätten es nun so leicht, als sie bereit, ohne die kleinen Vorhabe abzuwarten, in den besetzten Gebieten eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen zu haben. Dagegen sei ausgeschlossen, daß die französische und belgische Regierung in den Hauptstädten der Städte, des Unterrichts der Ausbildungslagen und der Erziehung direkter Abgaben irgendwelche Konzessionen zu machen vermöchten, ohne dadurch bis zum Jahresfest eine verfolgte Politik zu untergraben. Da die deutsche Regierung selbst die mit den Industrieländern abgeschlossenen Vereinbarungen zu machen versucht, ohne dadurch bis zum 15. April, die Frage einer Mobilmachung bei gegenwärtigen Zustandes reißlich zu regeln.

Botschafter und Militärkontrolle.

(Vorläufige Meldung.) Nach dem offiziellen Communiqué soll die Beiliss-Konferenz, die am Sonnabendmorgen eine Sitzung abgehalten hat, sich lediglich mit der Erledigung laufender Angelegenheiten beschäftigt haben. Es besteht Grund zur Annahme, daß sich darunter auch die Frage der alliierten Militärkontrolle über Deutschland befinden hat. Die Beiliss-Konferenz ist damit durch einen Beschluss des Generalkonsuls bestellt worden, in dem der Vorstand des Internationalen Militärkontrollkommission der deutschen Regierung zum Vorwurf macht, daß diese bisher keinerlei Maßnahmen getroffen habe, die in der Note der Beiliss-Konferenz vom 18. November aufgestellten Verpflichtungen nachzuholen. Nach der Mitteilung eines Botschafters soll über diese Frage bereit gestellt sein. Zwei Tage später soll zwischen London und Paris ein Weinigungskongress im Gange sein.

Neue Demonstrationen in Japan.

Nach Meldungen aus Tokio haben dort am Sonnabendabend Unruhen und Kundgebungen gegen die Dynastie stattgefunden. Bei einem Konzert wurde eine Bombe gegen das australisch unbewohnte Kaiserliche Palais geschiebt. Die Bombe ist jedoch nicht zur Explosion gelangt.

Glücklicher Uncle Sam!

Die Staatskasse der Vereinigten Staaten von Amerika betrugen im Jahre 1923: 4 164 000 000 Dollar, also 500 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben betragen 3 888 000 000 Dollar. Das Budget ergibt also einen Überschuss von 276 000 000 Dollar.

Einigung in der Berliner Metallindustrie.

(Wolfsmeldung.) Das zwischen dem Verband Berliner Metallindustrie und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband am Sonnabend getroffene Verständigungskommunikat wurde gegen zwei der Sprecher der Betriebe und Arbeiterschlüssigkeitsverbände des Metallarbeiterverbandes mit großer Mehrheit angenommen. Es wurde beschlossen, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird.

Der Volksentscheid in Ellbeck.

(Wolfsmeldung aus Ellbeck.) Auf dem gestrigen Volksentscheid über die Frage, ob der Senat zurücktreten solle, wurden von 84 622 Wahlberechtigten 75 747 Stimmen abgegeben. Daraus entstehen auf Seite 44 151 (für Bevölkerung des Senats), auf Seite 45 für den Rücktritt des Senats) 29 506 Stimmen. Nach diesem Ergebnis wird der Senat die Bürgerstimme ausschließen und Neuwahlen ausschreiben.

Die französischen Senatswahlen.

(Eigene Meldung.) Wie bis in die Abendstunden vorliegenden Ergebnisse scheinen die Bevölkerung zu bestätigen, daß die Verhältnisse in der bisherigen Zusammensetzung des Senats nur gering sein wird. Weiters sind über die aufgewichsene Zusammensetzung wiederum zu hoffen. Die Zusammensetzung wird jedoch erneut im späten Abend zu erwarten sein, da vielleicht zwei oder drei Wahlgänge notwendig werden.

Nach deutschen Feststellungen sind noch immer 2000 deutsche Gefangen in französischen Gefangenissen und in Gefangenissen des Meeres- und Küstengebietes.

Ein Kaufmann in Berlin hat einen Preis von 50 000 Dollar für die beste Idee zur Wiederherstellung des Weltkriegs gezaubert.

trieb die Börsen und Arbeitsschlüssigkeit feststellen; sie wollen, mit einem Wort, ihre Wirtschaftslösung wieder haben. Deshalb genügt ihnen der Rückzug der Regierung noch immer nicht und daher die Widerstand, daß der Kampf gegen den Arbeitstundenstag von den Stimmen und seinen Verteilern unterstützt wird. Auch dieser Kampf wird sowohl wirtschaftlich als politisch entscheiden werden und die Arbeiterschlüssigkeit hat alle Freude, denn nicht lange, bis die Macht der Gewerkschaften die Unternehmertum weckt, um die Gewinnabschöpfung zu erzielen. Und in bezug auf die Arbeitsschlüssigkeit darf die Antwort nur lauten: Der unerbittliche Arbeitstundenstag



Die thüringische Frage.

(*Eigene Erhebung.*) Eine Delegation des thüringischen Ministeriums, bestehend aus den Staatsministern Schäfer, Gossel, Hartmann, wollte am Sonnabend zu Befreiungssitzungen mit der Reichsregierung in Berlin. Über den Verlauf dieser Verhandlungen hat die Reichsregierung höchstens eine Mitteilung vertheilen lassen, die dem tatsächlichen Verhandlungsauftritt nicht gerecht wird, im übrigen aber auch den Vereinbarungen zwischen den Ministern der Reichsregierung gegen dem Reichsfinanzrat und den thüringischen Ministern über die zu veröffentlichte Verkündung widerspricht. Der Verhandlungsrat der Reichsregierung mit den thüringischen Ministern lautet dahin, der Leistungsfähigkeit mitgetheilt, daß die Verhandlungen fortgesetzt haben, am Montag sich eine Sitzung des Reichstages mit diesen Verhandlungen beschäftigen wird, am Dienstag einsetzt eine Befreiungswidderstand der einzelnen thüringischen Minister in Berlin vorliegen soll. Diese Angabe kann überhaupt allgemein von der Befreiung der Reichsregierung von Verhandlungen erwidert werden, die im Verlauf der Unterhandlungen erzielt werden sollen, wie es in den habsburgischen Dokumenten steht. Ein Teil der „Beschlüsse“, die von der sogenannten Untersuchungskommission oder besser der Kommission zur Förderung der bürgerlichen Wahlpropaganda in Thüringen gemacht wurden, sind von den thüringischen Ministern entzweit worden.

Ein Vergleich zwischen dem tatsächlichen Verhandlungsauftritt und der unumstößlichen amtlichen Wiedergabe zeigt nicht nur, was von der gegenwärtigen Reichsregierung zu halten ist, sondern beweist auch, daß Herr Marx, der angeblich gerade diente Mann, sich inzwischen ebenfalls darf gewandelt haben. Wäre das nicht der Fall, dann hätte eine derart herablassende habsburgische Wiedergabe die Befreiungswidderstand mit den thüringischen Ministern, der Cessation überwöhnt; man übergeben werden können.

Ende des Berliner Streiks.

(*Gesamterhebung.*) Am Sonntag den 6. Januar trat eine Konferenz der Arbeiter und Betriebsräte der Berliner Metallarbeiter. Sie hat ein einstimmig beschlossenes, den Streik auf Grund folgender Vereinbarungen mit den Unternehmen abbrechen zu erklären: Die Löhne betrügen mit Wirkung vom 31. Dezember 1923 in der Rasse 4 14 Pf. pro Stunde, in der Rasse V 38 Pf. Dazu kommt für beide Arbeitnehmer je 4 Pf. für die Sozialzulage, neu von 2 Pf. und für jedes Kind von 4 Pf. für die Sozialzulage, qualifizierte Arbeiter, eine Aufschlagszulage in der Rasse I von 9 Pf. Die Angebote der Unternehmer waren in Rasse I 43 Pf. und in Rasse V 31 Pf. Die Konferenz nahm folgende Beschlüsse an: „Im Interesse der gesamten Berliner Metallarbeiterchaft, soweit sie in den Betrieben des Verbands der Berliner Metallindustrie beschäftigt sind, beschließt die Richter des Betriebs- und Arbeiterrates: Das Ziel der Unternehmer, der Berliner Metallarbeiterfahrt einsetzt einen Umtausch aufzunehmen, ist an dem einheitlichen Übergang der Betriebe zu Ende voll befriedigt. Wenn auch das erreichte Verhandlungsergebnis nicht voll befriedigt kann, so empfiehlt die Konferenz doch die Annahme desselben und fordert die Belegschaft auf, die Arbeit aufzunehmen.“ Voraussichtlich wird am Dienstag die Arbeit aufgenommen. Die 48-stündige Arbeitswoche wird beibehalten.

Metallarbeiter im Abwehrkampfe.

(*Eigene Meldung aus Oberfeld.*) In Verbindung mit den vor einigen Tagen erfolgten Ausförderung von 1500 Radialarbeiten sind in Jéricho weitere 6000 Arbeiter der Metallindustrie zum 16. Januar gefordert worden. In Hagen-Bad und Land sind die Metallarbeiter in Ausübung der Befreiungen, die der hessische Arbeitgeberverband zum 4. Januar ausgeprochen hat, seit Sonnabend früh aufgebrochen; zum Teil tritt die Befreiung auch am Montag in Kraft. Auf den größeren Werken wird noch gearbeitet. Im Landkreis Schwalm ist die Befreiung am Sonnabend allgemein in Kraft getreten. Im betroffenen Gebiet hat die Deutsche Walzwerkfabrik in Winter am 2. Januar den Betrieb eingestellt, weil die Arbeiter sich weigerten, die von der Werkleitung zum Ausgleich von Lohnkürzungen verlangte Ablösungsdienst aufzunehmen.

Nach einer Meldung einer östlichen Zeitung aus Düsseldorf, sind in dortiger Werkschaffenszeit 30 000 Metallarbeiter ausgesperrt. In einer von kommunistischen Seite eingerichteten Versammlung von Betriebsräten des Ritterkreises in Rheinhausen wurde von heute ab der Generalstreik in westdeutschen Dorn sowie die Einsetzung einer Streikleitung beschlossen. Die Bewegung ist vorläufig auf den Düsseldorfer Betrieb beschränkt. Die Arbeitgeber der Eisen- und Stahlindustrie reagieren, daß sie am Schenkungsabend unter allen Umständen festhalten werden.

Wieder ein Landesvertragsverfahren.

Unsere Stuttgarter Zeitung, die „Schwäbische Tagwacht“, teilt mit, daß auch sie mit einer Befreiung wegen „Landesvertrags“ bedacht ist. Das Berufen ist ebenso wie in Frankfurt auf einen vor langer Zeitan erzielten Konsens begründet, in dem unter Berufung auf eine Veröffentlichung der „Münchener Post“ über die Kaiserslauterer Fassungsvereinigungen berichtet werden kann.

Es scheint also, als ob ein ganzer Rattenknecht von Landesvertragsverfahren gegen sozialdemokratische Arbeitgeber angestrengt werden will, weil sie ihre selbstverständliche Pflicht erfüllen und auf das Treiben der bewaffneten Geheimorganisationen hinweisen.

Die französischen Wahlen.

(*Wolfsmeldung.*) Das Ergebnis der Senatswahl liegt bis auf ein Resultat vor. Es haben erhalten: Die Konservativen und Liberalen 17 Sitze (gewonnen 6, verloren 2), die Republikaner 16 Sitze (gew. 3, verl. 2), die sozialdemokratischen Republikaner 22 Sitze (gew. 3, verl. 4), die unabhängigen Republikaner 5 Sitze (gew. 1, verl. 5), die sozialdemokratischen Republikaner 4 Sitze (gew. 4, verl. 0), die Sozialisten 2 Sitze (gew. 2, verl. 0). 88 ehemalige Senatoren sind wieder gewählt, 21 Senatoren treten neu in das Parlament ein. Nach der Gruppierung des einzelnen Parteien sind gewählt worden: 50 Mitglieder der demokratischen Linken, 33 Mitglieder der republikanischen Union, 13 Mitglieder der Unfreundspartei, 11 Mitglieder der Rechten.

Neue Lohnabkommen.

Amtlich wird und angekündigt: Der am 29. Dezember gefasste Schiedspruch, der den Wanxfeldschen Kupfer-Schleifer zu Befreiungserlaubnis der Vorstufenförderung vorstellt, ist von den Betriebsvereinbarungen angenommen worden.

Die Röhre im Steinlochbergbau des unbeschleunigten Gesistes sowie im konsolidierten Koblenzbergbau für die Zeit vom 1. bis 14. Januar 1924 führt im Schiedspruchdurchlaufen im Reichsgerichtsministerium festgestellt werden. Der Schiedspruch führt eine Erhöhung des Rohstoffanteiles um den beschleunigten Röhren um 10 Prozent, nach darüber hinaus wird für jede in der vorgenannten Zeit verschobene Schicht eine Papiermarkzahlologie im Röhrenraum gezeigt, das der Gesamtberat an Gold- und Papierlohn gleich dem für das Jahr 1923 in Geltung genommenen Gesamtlohn ist. Für den mittlerweile verschobenen Steinlochbergbau wurde zwischen den Parteien eine Vereinbarung erzielt, wonach in den Bereichen der Durchschnittslosch einkauflich der lokalen Zulagen 8,12 Rentenmark je Schicht bezahlt. Hierzu tritt eine durchschnittliche Leistungszulage von 0,50 Rentenmark je Schicht.

Die Differenzen in Sachsen.

Die Folgen der Müller-Politik.

Und Dresden meldet der Sitz Parlamentarientag: Unter Teilnahme von 79 stimmberechtigten Delegierten wurde am Sonntag mittag der Landesparteitag der sächsischen PSDP abgehalten. Gestalte zeigt weiter aus Berichte der Sozialministerin über die politische Lage. Er wunderte sich gegen die große Sozialministerin über die Politik des Reichstags in den Schriften der Partei und den Disziplinärkurs der Sozialministerin. Als Vorsitzender Landesparteitag Müller-Kipnis, der die Abstimmung des Schriftsatzes der Sozialministerin nachwies und sich gegen den Sozialminister in Abstimmung des Landesrates ausdrückte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags hat in der Landesversammlung vom 4. Januar mit Sozialminister und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in großer Umfang ein Bild der internationalen Arbeiterschaft, charakterisiert eingehend die sächsische Sozialministerin und unterstrich die Stärke der Sozialministerin. Der Landesarbeitsausschuss der PSDP, hatte dem Parteitag folgende Entschließungen vorgetragen:

„Die aus 25 Stimmen bestehende Mehrheit der Landesparteitags und Demokraten eine Regierung gebildet, und damit den Besitz des Landesparitätages mit 2. Dezember, das ausführlich die Sozialministerin auf Auflösung des Landesrates ausprägte. In die Diskussion griff auch Genossen Weiß vom Parteistand ein. Er gehörte in

Unser Inventur-Ausverkauf in Damen- und Mädchen-Konfektion

dauert bis Sonnabend den 12. Januar.

Es ist uns nicht möglich, von den grossen Ausverkaufsposten alle Artikel und Preise anzuführen. Wir bitten, nach folgendem Angebot unsere Leistungsfähigkeit zu beurteilen.

Mäntel

aus La Flausch und engl. Fantasie- ware	28.00. 21.00. 14.50. 16.00
aus Tuch, Velour de leine	45.00. 39.50. 25.00
aus schwerem Tuch, Velour de leine, zum Teil Modellsachen	55.00. 50.00. 32.00
	25.00

Kostüme

Cheviet und Donegal	35.00. 25.00
Ia Gabardine	85.00. 65.00. 55.00
blau und schwarz Kammgarn	54.00. 42.00. 35.00
Blusen	9.50. 4.50. 3.50

Kleider

aus Cheviet	18.00. 16.00. 12.00. 8.50
Gabardine	55.00. 45.00. 32.00
Voile, weiss und farbig	19.50. 14.50. 12.50
Strickjacken	18.00. 15.00. 13.50

Röcke

Ia Cheviet	8.50. 7.25. 5.90
Gabardine in verschiedenen Farben	32.00. 24.00. 20.00
reinweiß, Streifen, 24.00, 18.00, 13.00	12.50
Kinder-Mäntel Kleider in grosser Auswahl	11.00

Kaufhaus Gebr. Leffers

Betrifft Steuerabzug.

Für die Berechnung des Steuerabzuges vom Arbeitseinkommen wird der Wert der freien Station (Radt und Wohnung) im Bezirk des Landesfinanzamts Oldenburg in Goldmark festgestellt:

- für weibliche Dienstboten, Lehrlinginnen und Schwestern, auf täglich 70 Pfennig, monatlich 20 Mrkt.
 - für männliche Dienstboten, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen – sofern sie nicht unter 315.3 fallen, auf täglich 1 Mrkt, monatlich 30 Mrkt.
 - für Angestellte in leitender und gehobener Stellung (z. B. Gutsverwalter, Geschäftsführer, Werkmeister, Hausdame) auf täglich 1.50 Mrkt, monatlich 45 Mrkt.
 - Den vorstehenden Sätzen entfallen auf Wohnung, Heizung und Licht zusammen 1/2, 1. und 2. Frühstück auf 1/2, Mittagessen auf 1/2, Kaffee und Abendbrot auf 1/2.
- Die Berechnung gilt vom 1. Januar 1924 an. Über den anzurechnenden Wert jondire Sachbezüge geben die Finanzämter Auskunft.

Oldenburg, den 2. Januar 1924.
Landesfinanzamt, Abteilung für Sozial- und
Verkehrssteuern.

In Vertretung:
Meyer.

Gemeinde Schortens.

Der Beschluss des Gemeinderats erster Sitzung vom 1. Januar 1924 bestimmt, dass die Abrechnung des Regimentszinses liegt vom d. Mo. auf 14 Tage im Gemeindebeamten zur Gültigkeitszeit aus und sind etwaige Einwendungen hier vorzubringen.

Zugelassener Hund wird am Dienstag, den 8. Mo. nachmittags 5 Uhr beim Wirt Busch, Ortsstr. öffentlich meldepflichtig verkauft.

Schortens, den 4. Januar 1924.

Gemeindevorstand. J. H. H.

Gartenland-Berpachtung

Zur Verpachtung der Gemüseländerien der Gemeinde Gebe. Würden folgende Termine schaffen:

- für das Landstück an der Neuerder Straße am 8. Januar.
 - für das Landstück an der Neuerder Straße am 9. Januar.
 - für das Landstück am Alinenholzer Weg am 10. Januar.
 - für das Landstück südlich vom Alinenholz am 11. Januar.
 - für das Landstück links vom Lotenweg, 1. Hamm, am 12. Januar.
 - für das Landstück links vom Lotenweg, 2. Hamm, am 14. Januar.
 - für das Landstück rechts vom Lotenweg am 15. Januar.
 - für das Landstück bei der Rütinger Siegelreihe am 16. Januar.
 - für das Landstück südlich Görimer Müller am 17. Januar.
 - für das Landstück an der Radialstraße am 18. Januar.
 - für die Gemüselände an der Peters, Ammerstraße und Marienstraße am 19. Januar.
 - für die ausgedehnte Landkreise am Krämergrabenweg, Witz, Anderstedt und alle übrigen am 21. oder 24. Januar.
- Zur 1923 im unteren Beckeball 1. Prt. pro qm Pachtzahlung zu entrichten. Die Anzahlung für das Landstück 1923 beträgt 100 Pf. pro qm. Der Pachtzins für das Landstück 1924 ist das Vierfache der jüngsten Pachtzins. Die Pachtzinsen der jüngsten Pachtzins, die Zahlung nicht leisten, sollen sofort aus der Pacht. Die Nachzahlungen dieser laufenden Pachtzinsen werden gemäß Pachtbedingungen getrennt eingezogen.

Die Pachtzinsen für 1924 liegen in meinem Büro zu Besichtigen aus.

Erich Gerdes

Gummistempelstrasse 94
Gummistempelstrasse 94
Schenkstrasse 1-3-7 Uhr.

Allgemeine Ortssteuerabzüsse für den Arbeitsverband Zeven.

Die Beiträge werden ab 30. Dezember 1923 bis auf weiteres von 10 auf 8 vom Hundert des Grundblohns wie folgt erneuert:

Stu- fe it te	Berdient pro Monat: Gold-Mkt.	Beitrag pro Woche: Gold-Mkt.	Beitrag pro Tag: Gold- Mkt.	Gehalts- abzug: Gold-Mkt.
1	8.00	4.20	0.03	0.21
2	9.00	4.30	0.05	0.28
3	1.20	8.40	0.09	0.65
4	1.35	10.50	0.12	0.84
5	1.50	11.70	0.14	0.96
6	2.70	18.90	0.18	1.25
7	3.30	23.10	0.24	1.68
8	4.20	29.40	0.30	2.10
9	5.10	35.70	0.36	2.50
10	6.00	42.00	0.45	3.15
Barüber		5.11	2.57	0.72

Beste der freien Station:

- für weibl. Dienstboten, Lehrlinginnen und Bedienstete monatlich 20.80 Billionen Mkt.
- für männl. Dienstboten, männl. u. weibl. Gewerbegehilfen u. Angestellte monatlich 38.40 Billionen Mkt.

für Angestellte in leitender oder gehobener Stellung (z. B. Gutswarbeiter, Geschäftsführer, Werkmeister, Hausdame) auf 60.00 Mkt, monatlich 1.80 Billionen Mkt.

Soeben erschien:

Die schaffende Frau

Heft 46

Preis mit Schnittmuster-Bogen

0,50 Mark

Paul Hug & Co.

Peterstraße

Privathans

4 separate Wohnungen nach Westküste, Stadt und Hofraum, fell ver-
schieden. Er kann ein fallt am 1. Januar 1924 bestimmt. Abrechnung am 1. Januar 1924 findet statt am Dienstag, den 11. Januar 1924.

Die Kaufzinsen sind möglichst niedrig.

</div

Montag,
den 7. Januar 1924

Oldenburg und Ostfriesland.

Schiedspruch für die Seehäfenwerken.

Wie wir bereits am Sonnabend mitteilten, ist der Schiedspruch für die Seehäfenwerken für verbindlich erklärt. Im Wortlaut der Verhandlung der Lohnmarktrechtsstelle bei den Seehäfenwerken ergibt sich, dass eine Abnahmevereinbarung nicht stattfindet. Wohl sind die Lohnmarktrechte des Schiedspruchs vom 18. Dezember 1923 für rechtswirksam erklärt. Die Entscheidung des Reichsarbeitsschutzes lautet wie folgt:

Vermögensvertrag

in der Lohnmarktrechtsgruppe dem Deutschen Metallarbeiterverband, Bezirksleitung Hamburg, und der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrie,

Amt. Seehäfenwerken, Hamburg.

Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs des vom Reichsarbeitsschutzmittelamt eingereichten Schiedsgerichts ist vom 23. November 1923 wieder abgelehnt.

Der Schiedspruch des vom Reichsarbeitsschutzmittelamt eingeführten Schiedsgerichtsgerichts des vom 18. Dezember 1923 wird auf Grund des Art. I § 6 der Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 1042) mit Wirkung vom 2. Januar 1924 für verbindlich erklärt.

Gärtnerei: Nach den eingehenden Ermittlungen des R.A.W. sind im Schiedspruch vom 18. Dezember 23 vorgeschlagene Zähne für die Werklen klagbar, wenn sie auch eine höhere Belohnung bedeuten würden an der Grenze der Leistungsfähigkeit vieler Betriebe liegen. Die Zähne sind weitlos in beiden außenliegenden Schlichtungsverfahren in gleicher Höhe festgesetzt worden. Sie stehen in einem angemessenen Verhältnis zu den Löhnen anderer vergleichbarer Industrie- und Gewerbezweige. Die im Schiedspruch getroffene Regelung entspricht also bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Willkür. Da ihre Durchsetzung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen dringend erforderlich erscheint, mußte die Verbindlichkeitserklärung erfolgen. Um aber Nachdrücklichkeiten für die rücksiehende Zeit, die für die Betriebsleiter nicht tragbar erscheinen, zu vermeiden, ist die Verbindlichkeitserklärung mit Wirkung vom 2. Januar 1924 ausgeschlossen.

Damit muß es bei der Errechnung der Zähne, wie sie im Schiedspruch zahlenmäßig vorgesehen ist, kein Bedenken haben. Die nachträgliche, von Arbeitgeberseite nicht anerkannte Anerkennung der Unwirtschaftlichkeit der zahlenmäßigen Erhöhung des Lohns in P. 2 R. 3. 1. und über die Bestimmung in Art. 2 des Schiedspruchs, betreffend das prosentuale Verhältnis der Zähne der gelehrt, angelehrten und ungelernten Arbeiter kann keine rechtswirksame Bedeutung beanspruchen. Strasse Unfairkeiten müssen in einem neuen Schlichtungsverfahren befehligt werden.

Stücklohn für die Kassenboten bei den Gas- und Elektrizitätswerken.

Den beim Gas- und Elektrizitätswerk beschäftigten Kassenboten wurde nachstehende Erklärung zur Unterschrift vorgelegt:

Ich erkläre mich hiermit bereit, bei den Gas- und Elektrizitätswerken Wilhelmshaven-Müllingen G. m. b. H. weiterhin als Kassenboten beschäftigt zu werden unter Beibehaltung meiner Leistungen im Stücklohn. Als Stücklohn soll gelten: Für die dauernde Rechnung 35 Pf. und für die nicht fassifizierte Rechnung 20 Pf.

Wilhelmshaven, den 5. Januar 1924.

Die Direktion der G. u. E.-W. hat den nicht endgültig entlassenen Kassenboten dieses Diktat unter Unterschrift vorgelegt, ohne zuvor mit dem Betriebsvertreter oder Organisation in Verbindung zu stehen. Das Vorgehen stellt einen platten Tatsachenfall dar und bedeutet die Einführung der 12-Stunden-Arbeitszeit, denn sonst ist es nach lachmännischer Art einfach unmöglich, den bis dato dagewesenen Stundenlohn von 35 Pf. zu verdienen. Wenn die verbleibenden neuen Kassenboten dieses Diktat unterschrieben haben oder noch unterschreiben, so ist auf Grund der Anfangsfrage, der wirtschaftlichen Not.

Steuerabzug.

Nach den neuesten Bestimmungen über den Steuerabzug müssen zum 1. Januar 1924 an sämtliche Arbeitgeber ein Lohnkontrollbericht, in dem für jeden Arbeitnehmer der gezahlte Lohn und die einkommenssteuer aufzuzählen sind. Diese Ve-

Loffalle und die Gräfin Hohfeldt.

An ihrem zweihundertfünfzigsten Geburtstage schrieb die Gräfin Sophie von Hohfeldt an Loffalle: "Verzeichen Sie mir, Sie mein einziger Freund, der hinter allen diesen Verleumdungen mein wahres Leben erkannt hat, daß Sie nach meinem Tode mich rechtsetzungen wollen und daß auf meinem Grab nicht die Verachtung mehr steht, die man mir während meines Lebens aufzubringen gewußt hat." Ein früher Tod hat Ferdinand Loffalle den Mund vertilgt, aber das Versehen, das ihm eine viel verlorene Frau aufgeträumt, das Professor Gustav Bauer in seinem neusten Buchtitel: "Familien-Briefwechsel mit Gräfin v. Hohfeldt (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin, Verlagsausstattung Julius Springer, Berlin), in so heftig hieschender, menschlich-vornehmer Weise erfüllt, daß jetzt nur leidenschaftliche Rüderdrothe diejenigen einsparnden Freundschaftsbündnis zweier Menschen mit dem Sohnennamen der Verleumdeten bewerten kann. Die Gräfin ist dem großen Agitator eine "Freund", ein mittlerweile ganz harmloses, nie aber eine "Geliebte". Ein reiner, mittlerweile ganz prächtig ist, ob in den Verleumdungen der Sophie v. Hohfeldt zu Loffalle aus. Es entspricht dem wirklichen Leben dieses Freundschaftsbündnisses, wenn eine Gräfin den jungen Revolutionär in ihren Gräben zurückwirft, als "seines Kind" anpricht. Allerdings war dieses Kind ein ausgezäuerter Mann, der willenswarst seine "Mutter" an der geistigen Höhe emportrug, auf der die großen Kämpfe des "Jude des Arbeiters" mit den überwinnenden Vorrechten der herrschenden kapitalistischen Kräfte ausgetragen werden. In den Diensten Loffalles an die Gräfin geliebter keine einzige Schwäche auf, in ihnen verbünden sich beide, doch geliebter keine gemeinsame Feldzüge gegen ein Welt der rücksichtslosen Vorurteile.

In der Dörfelbörger Zeit, in der Blüte des Loffalle-Hohfeldtschen Freundschaftsbündnisses, hatte Loffalle eine erb-stämmige Ehefrau mit Anne Street-Mindworth, der Tochter eines Diplomatischen Ämternobelpaares. Diesem Verhältnis entstieg eine Tochter, die nur wenige Monate alt wurde. Loffalle forderte vollständige Abseitung von der lebenden Frau, er selbst konnte aber nur "eine Stelle seines Welfens" abtreten. Nicht die lebensfähige Frau ist sein Ideal, sondern die Frau, die sich ganz seinem Willen fügt. Als er mit lärmischer Halt die Verhinderung mit Helene v. Dörriges betreibt und es ganz leichtwillig die Mithilfe der Gräfin v. Hohfeldt antritt, spricht er an diese folgende voräffektive Zeile: "Ich bitte sehr, lieb' Sophie — dies einzige will ich Ihnen ans Herz legen — erhalten Sie mir Helene ihr ganzes Leben hindurch in den unterwürfigen Verhältnissen, in denen ich jetzt sitz und von Ihnen mein ganzes Glück — und auch das Ihrige zum Teil — abhängt."

Loffalle war eine stark eisartige Person, die vor Leidenschaften und

Hingabe bedeutet für manchen Arbeitgeber zweifelschwer eine nicht unerhebliche Mehrbelastung mit Schadbarkeit. Arbeitgeber, deren Betrieb bei einer Betriebsversammlung gegen Unfälle verzichtet ist, sind berechtigt, von der Führung besondere Konten Abstand zu nehmen, wenn sie eine Höchstzahl der für die Unfallversicherung möglichen eisartigen Lohnstellen zurückzuhalten. Das Landesamt Oldenburg hat sich bereits erklärt, unter dieser Voraussetzung auf die Fällung besonderer Lohnkonten zu verzichten.

Rüststringen.

Winterport. Für unsere Jugend ist ganzes Hochjahr im Winterport. Die ganzen Weihnachtsferien könnten ohne Unterbrechung ausgenutzt werden und wenn die Jugend eben aus dem Bett gekrochen wäre, machen sie sich bereit, um zum Radeln zu ziehen. Mit den Rodelbahnen ist es freilich sehr spaßig aus. Ein Binnenländer, kaum aus hängigen Biegungen, würde die Rodelrampen oder der kleinen Bahnen. Aber wenn man den Radus nicht kriegen kann, macht man sich mit dem Schwing auf. Und so denken auch unsere Jungen und Mädel, nehmen ihre Schütteln und ziehen nach dem Deich. Dort gibt es doch einige Stellen, wo die Schütteln ganz hübsch in Schwung kommt. Allein, zu zweien oder auch zu dreiem geht es den Abhang hinunter. Nicht nur der Deich, überhaupt jeder kleine Hügel wird ausgenutzt, wenn nur der Schütteln in Bewegung kommen will. Derartige Rodelbahnen gibt es doch eine ganze Menge und unter Jugend freut sich darüber. Besonders sieht es aus mit den Eltern aus. Der Teil im Park an der Oberfläche wird Schießfeld. Aber auch die Eltern im Park an der Oberfläche wird Schießfeld. Besonders mittag schießt die Küstenwache dafür, doch etwas Küstenwache hinein. Wenn so genannte Körnerpuppen produzieren sich und man sah zum Teil ganz gefährliche Läufer. Andere wieder können Beine und Tiere nicht recht in Einstellung bringen und so kam es, daß durch einen saligen Einschlag, nicht bei der Muß, eine Person herauskommt, die sich mit einem glänzenden Aufall endete. Das Jahre Gesicht gab sich aber keine, auch auf dem Wege zur engen Eisbahn nicht, doch bedeutend näher. Weder die Stadtverwaltung nicht die Polizei kann sich daran erinnern, daß es jemals seit längerer Zeit traurig war. Es ist unverständlich, daß das Eis schon seit längerer Zeit traurig war. Es ist in dieser Gelegenheit auch einmal darauf hingewiesen, daß es möglich ist, eine baldweg vernünftige Rodelbahn anzulegen. Jemanden sollte zum Beispiel vor dem Toren der Stadt dorthin ausfindig zu machen sein und durch Detektiv zu schicken. Eine solche Zustand am Holzgange ist unhalbar, weil das seine Eltern sind und die Anlagen geradezu vernichtet werden. Sollte untere weisse Stadtverwaltung nicht einmal diesen Gedanken nabekommen? Alt und jung wird sie dort dankbar sein.

Wie einem Schneeball ein Auge ausschlagen. Eine Dame aus O. wurde von einem Kind in einem Schneeball so unglücklich ins Auge getroffen, daß es aulief. Man sollte doch vorsichtiger mit diesem Sport umgehen.

Nordenham.

Steuerabzug vom Arbeitgeber. Dem Steuerabzug unterliegt bekanntlich neben dem gelegten Betrieb auch der Wert des Sozialbeitrags, die für eine Arbeitserlösung gebührt werden. Radikal ist die Vorstellung über den Steuerabzug mit Wirkung vom 1. Januar 1924 auf Goldmark umgestellt sind, verdecktlich das Landesamt Oldenburg im Angelegenheit die neuen verbindlichendes Schrift für freie Stationen, die bei der Berechnung des seit 1. Januar verdienten Arbeitentgelts zu berücksichtigen sind. Der Wert des sonstigen Sozialbeitrags (Rente, Sozial- und Berufsgesetz) ist bei dem zu ständigen Anhang zu erkennen.

Heute Alter. Die Witwe Postmeister, die sich im südlichen Altersheim befindet, feiert am 19. Januar ihren neunzigsten Geburtstag.

Sind sie für gerlich hinterlegte Gelder. Der Zinsfall für gerlich hinterlegte, bei der Staatslichen Rentenanstalt oder einer öffentlichen Sparkasse für Rechnung des Staates eingezahlte Schafe ist von 1924 auf 4 Prozent im Jahre festgesetzt worden. Zinsbetrag unter 10 Goldmark werden jedoch nicht vergütet.

Die neuen Auszugsmarken. Werbeschändige Worten der Auszölle, wie der Angestelltenversicherung gibt die Post vom 5. Januar an aus, derartige Steuermarken vom 10. Januar an. Bei beiden Versicherungen gibt es nur noch je fünf verschiedene Waren, bei der Auszölberversicherung folgt zu 20, 40, 80 und 100 Pfennig für einen wöchentlichen Arbeitsentgelt bis zu 10, 15, 20 und 25 Rentenmark sowie darüber. Die Werte der Angestelltenversicherung folgen zwar für alle drei wöchentlichen Arbeitsentgelte bis zu 50, 100, 200, 300 Pf. und darüber.

Die Gräfin Sophie von Hohfeldt ist der gute Kriegsamer Loffalle gewesen. Sie feierte mit ihm seine Siege und trauerte mit ihm über seine Niederlage. Über die Stellung Loffalles zu Bismarck und die Briefe Loffalles manche Aufschluß. Loffalle spricht am 27. September 1882 von dem "unbekannten Gehalt" der reaktionären Einheitsvereinigungen Bismarcks. Auf reaktionären Untergang Loffalles weiß Dr. Gustav Bauer mehr "dunkles Geheimen" zu all den Charakterzügen des großen Adalberts. Neben diesen Kranken (Dörfel) führen uns die Briefe Loffalles vollständig auf.

Die Gräfin v. Hohfeldt ist der gute Kriegsamer Loffalles gewesen. Sie feierte mit ihm seine Siege und trauerte mit ihm über seine Niederlage. Über die Stellung Loffalles zu Bismarck und die Briefe Loffalles manche Aufschluß. Loffalle spricht am 27. September 1882 von dem "unbekannten Gehalt" der reaktionären Einheitsvereinigungen Bismarcks. Auf reaktionären Untergang Loffalles weiß Dr. Gustav Bauer mehr "dunkles Geheimen" zu all den Charakterzügen des großen Adalberts. Neben diesen Kranken (Dörfel) führen uns die Briefe Loffalles vollständig auf.

Dr. Gustav Bauer berichtet mit seiner Publikation über den Loffalle-Hohfeldtschen Briefwechsel nicht nur unsere Kenntnis der politischen Beziehungen zweier hochstehender historischer Persönlichkeiten, nein, er bringt mit dieser Bekanntmachung auch ein großes Stück der politischen und kulturellen Geschichte Deutschlands, die aus handschriftlichen Quellen unmittelbar geschöpft ist.

P. Kampfmeier.

Das neue Jahr.

Das kommende Jahr ist ein Schaltjahr von 366 Tagen oder 365 Tagen und 2 Tagen. Dem 1. Januar 1924 neuem Jahr entspricht der 19. Dezember 1923 im julianischen Kalender, nach dem heute nur noch die Balkanländer griechisch-orthodoxe Konfession tragen, nachdem sich vor einigen Jahren dem geprägten griechischen Kalender angewohnt hat. Im Jahre 1924 beginnt das Jahr 1924 des Kalenders der Romano-kalendarii, und das Jahr 1924 des Kalenders der Romano-medievalis.

Der Frühling beginnt im kommenden Jahre am 20. März um 10 Uhr abends; Sommerbeginn ist am 21. Juni, der Herbst beginnt am 23. September, und der Zeitpunkt des Winterbeginns ist am 22. Dezember. Die beiden großen Feiertage des Tages und des Nachts erledigen im Jahre 1924 nicht weniger als fünf Feiertage.

pr. Rätselhafter Rufus. In der Nacht zum 26. v. M. wurden auf dem Hofe der Neuen Schule zwei Meterlangen zerbrochen. Die Personen, die durch diesen großen Unfall die Schule arg geschnitten haben, müssten nicht nur zum Schadenfresser herangegangen sein, sondern außerdem einen nachhaltigen Deingesetzen waren. pr. Einbrud. Beim Schuhmachermeister Kleck. Gestohlene Schuhe Nr. 24 wurden in der Nacht zum Sonnabend eine Schuhfabrik in Oldenburg gestohlen. Von den Ausläufen wurden zwei Paar neuejechte Kinderchuhe (Größe 24 und 25) und ein einzelner neuobehalter Ankerriegel geklaut. Sachdienliche Angaben erhielt die Gendarmerie.

Wilhelmshaven.

Racheakten. Auf die amliche Bekanntmachung, wonach die diesjährigen Racheakten für alle Arten Werkzeuge, Wagen und Gemüse in Wilhelmshaven vom 8. bis 25. Januar im Vorraum der Gewerbehalle an der Moorstraße stattfinden, wird hingeziert. Es wird dringend empfohlen, von der Racheaktengelegenheit wohrend der festgelegten Termine Gebrauch zu machen, da sonst die eisartigen Gerätschaften dem Eigentum in Enden eingeliefert werden müssen. Nach Beendigung der Racheakten findet bekanntlich die polizeiliche Revision aller eisartigen Gerätschaften statt.

Oldenburg.

Der Krankenfondsvertrag. Die Krankenfondseinstellung verzögert sich noch, was die Bemühungen des Reichsministers für Arbeit und Sozialordnung auf Beendigung des Streiks gezeichnet sind und erlaubt, auch fernher nur in dringenden Fällen den Antrag in Anspruch zu nehmen, da die Mitglieder unter Umständen einen erheblichen Teil der Festsachen selbst zu tragen haben.

c. Städtebau. Radikal durch Bekämpfung des Schnees auf den Hochdeichen eine schwere Ladung einsetzt, was der Betrieb im Park an der Oberfläche wird Schießfeld. Aber auch die Eltern im Park an der Oberfläche wird Schießfeld. Besonders mittag schießt die Küstenwache dafür, doch etwas Küstenwache hinein. Wenn so genannte Körnerpuppen produzieren sich und man sah zum Teil ganz gefährliche Läufer. Andere wieder können Beine und Tiere nicht richtig in Einstellung bringen und so kam es, daß durch einen saligen Einschlag, nicht bei der Muß, eine Person herauskommt, die sich mit einem glänzenden Aufall endete. Das Jahre Gesicht gab sich aber keine, auch auf dem Wege zur engen Eisbahn nicht, doch bedeutend näher. Weder die Stadtverwaltung noch die Polizei kann sich daran erinnern, daß es jemals seit längerer Zeit traurig war. Es ist unverständlich, daß das Eis schon seit längerer Zeit traurig war. Es ist in dieser Gelegenheit auch einmal darauf hingewiesen, daß es möglich ist, eine baldweg vernünftige Rodelbahn anzulegen. Jemanden sollte zum Beispiel vor dem Toren der Stadt dorthin ausfindig zu machen sein und durch Detektiv zu schicken. Eine solche Zustand am Holzgange ist unhalbar, weil das seine Eltern sind und die Anlagen geradezu vernichtet werden. Sollte untere weisse Stadtverwaltung nicht einmal diesen Gedanken nabekommen? Alt und jung wird sie dort dankbar sein.

Wie einem Schneeball ein Auge ausschlagen. Eine Dame aus O. wurde von einem Kind in einem Schneeball so unglücklich ins Auge getroffen, daß es aulief. Man sollte doch vorsichtiger mit diesem Sport umgehen.

Nordenham.

Bottvestellung aus dem Lende. Obgleich das Zeitungsarchiv des Beamten auf neun Stunden täglich erhöht ist, reichen noch der empfindlichste Veränderung die vorhandenen Kräfte nicht mehr aus, um die Zulieferung täglich zu bestehen. Vorläufig werden daher die dann benötigten Kräfte nur noch decimal wöchentlich bereitgestellt; bei fortwährendem Abbau des Personals wird diese Zulieferung in allen Landeswirten Platz greifen. Da die polizeiliche Personale des platten Landes große Kosten verursacht, denen von geringen Einnahmen gegenüberstehen, muß das Land unter den Sparmaßnahmen unvermeidbar werden. Bei fortwährendem Zuwachs am Holzgange ist in einem Jahr ein ansehnlicher Betrieb verhindert.

Die neuen Auszugsmarken. Werbeschändige Worten der Auszölle, wie der Angestelltenversicherung gibt die Post vom 5. Januar an aus, derartige Steuermarken vom 10. Januar an. Bei beiden Versicherungen gibt es nur noch je fünf verschiedene Waren, bei der Auszölberversicherung folgt zu 20, 40, 80 und 100 Pfennig für einen wöchentlichen Arbeitsentgelt bis zu 10, 15, 20 und 25 Rentenmark sowie darüber. Die Werte der Angestelltenversicherung folgen zwar für alle drei wöchentlichen Arbeitsentgelte bis zu 50, 100, 200, 300 Pf. und darüber.

Nicht versagen. Der Boden rings um eine auskömmliche Lohn ist derartig schlecht, daß die Arbeitgeber nicht mehr bezahlt werden. Bei fortwährendem Zuwachs am Holzgange ist in einem Jahr ein ansehnlicher Betrieb verhindert.

Die neuen Auszugsmarken. Werbeschändige Worten der Auszölle, wie der Angestelltenversicherung gibt die Post vom 5. Januar an aus, derartige Steuermarken vom 10. Januar an. Bei beiden Versicherungen gibt es nur noch je fünf verschiedene Waren, bei der Auszölberversicherung folgt zu 20, 40, 80 und 100 Pfennig für einen wöchentlichen Arbeitsentgelt bis zu 10, 15, 20 und 25 Rentenmark sowie darüber. Die Werte der Angestelltenversicherung folgen zwar für alle drei wöchentlichen Arbeitsentgelte bis zu 50, 100, 200, 300 Pf. und darüber.

Ein interessantes Phänomen wird in diesem Jahre, und zwar am 8. Mai, Merkur, der sonnennaheste der Planeten, durchsetzen. An diesem Tage, an dem er in seiner Konjunktur zur Sonne steht, zieht er sich in Gestalt eines jungen Kindes vor Sonnenwende vorüber. Diese sogenannte Verlustrückgangsphase findet freilich nicht wie die Sonnenwende, deren letzter im Jahre 1882 war, und deren nächsten die heutige Generation nicht mehr erleben wird, sondern am 14. August, und namentlich die diese wird und während des ganzen Verlaufs, der sich über die Abendstunden erstreckt, geschehen werden können.

Ein interessantes Phänomen wird in diesem Jahre, und zwar am 8. Mai, Merkur, der sonnennaheste der Planeten, durchsetzen. An diesem Tage, an dem er in seiner Konjunktur zur Sonne steht, zieht er sich in Gestalt eines jungen Kindes vor Sonnenwende vorüber. Diese sogenannte Verlustrückgangsphase findet freilich nicht wie die Sonnenwende, deren letzter im Jahre 1882 war, und deren nächsten die heutige Generation nicht mehr erleben wird, sondern am 14. August, und namentlich die diese wird und während des ganzen Verlaufs, der sich über die Abendstunden erstreckt, geschehen werden können.

Bodenfrost in wissenschaftlicher Diminutiv ist das Jahr 1924 auch in Bezug auf den Planeten Mars. Am 22. August wird Mars in Opposition zur Sonne gelangen und dabei gleichzeitig die geringste Entfernung der Erde erreichen, die überhaupt möglich ist. Diese Distanz beträgt bei der Opposition des kommenden Jahres 50 Millionen Kilometer und wird im geringen 20. Jahrhundert nicht mehr überwunden. Die Marsforschung erwartet von dieser besonderen günstigen Gelegenheit wichtige Aufschlüsse über die Natur der Oberfläche des Planeten und vielleicht die endgültige Lösung des Problems der Marslandschaft, eine Theorie, die rund vor einem halben Jahrhundert der berühmte italienische Marsforscher Schiaparelli aufgestellt hat, über die aber bis zum heutigen Tage noch längst keine Absicht herstellt. Auf der nordöstlichen Halbkugel wird die Gelegenheit zur Marsbeobachtung weniger günstig sein als auf der südlichen, weil der Planet zur Zeit seiner Opposition zwischen den Tieren und Wissenschaften, also in nur geringer Höhe über dem Südhorizont steht. Die besten Ergebnisse für die Marsforschung werden demgemäß von den Sternwarten im Süden und auf der südlichen Halbkugel zu erwarten sein.

Die Berechnung der liturgischen Zeit des Kalenderjahrabschnitts geht vom Ostertermin aus, der bis dato recht spät ist. Ostermontag fällt auf den 20. April; übrigens wird auch während der folgenden vier Jahre das Osterfest zeitig in den April, und zwar auf mittlere Termini fallen. Demgemäß werden auch die übrigen Feiertage in den Jahren von 1925–1928 wieder ungewöhnlich früh noch ungewöhnlich spät fallen. 1924 dagegen fallen dem späten Ostertermin entsprechend die übrigen Feiertage auf einen späten Termin; und das Ereignis fällt am 8. März, Mittwochabend am 9. März.

Landesbibliothek Oldenburg



